

Satzung der Gemeinde Brokstedt über den Bebauungsplan Nummer 11

Aufgrund des § 10 sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung über den B-Plan Nummer 11 für das Gebiet südlich der Straße "Königsaal" (Flurstücke 2/2, 3 teilw. und 5/13 teilw. der Flur 6, Gemarkung Brokstedt), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B),

erfassen:

Es gilt die BauNVO 1990

Teil A - Planzeichnung

Teil B: Textliche Festsetzungen

1. Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Im Planungsbereich sind in den WA-Gebieten die in § 4 Abs. 3 Nr. 4 und Nr. 5 BauNVO

ausdrücklich zulässigen Nutzungen (Gartenbaubetriebe und Tankstellen) ausgeschlossen

1.2 Im Planungsbereich beträgt die Firsthöhe maximal 9,50 m bei Bebauung mit einem Vollgeschoss und

maximal 6,00 m bei Bebauung mit zwei Vollgeschossen, die beidseitig das Maß zwischen der Gelände

und der obersten Außenkante der Dachhaut (§ 16 Abs. 2 BauNVO) einhalten. Die Bebauung mit einem Vollgeschoss und

6,00 m bei Bebauung mit zwei Vollgeschossen, die beidseitig das Maß zwischen der Gelände

Schnittlinie zwischen der Außenwand und der Außenkante der Dachhaut

(§ 16 Abs. 2 BauNVO).

1.4 Im Planungsbereich beträgt die Sockelhöhe maximal 0,40 m, sie bezeichnet das Maß zwischen

Erdegeschossunterkante und Bezugspunkt (§ 16 Abs. 2 BauNVO).

1.5 Als Bezugspunkt für die Bestimmung der Sockelhöhe ist die oberste Kante der Gelände

oberfläche zu nehmen. Die Sockelhöhe beträgt für Einfamilienhausgrundstücke 700 mm, für Doppelhausgrundstücke je

2.1 Die Mindestgröße beträgt 350 qm.

3.1 Es sind je Einzelhaus maximal zwei Wohnungen und je Doppelhaushälfte maximal eine Wohnung zulässig.

4. Flächen für die Verankerung von Niederschlagswasser

4.1 Das Oberflächenwasser von den öffentlichen und privaten Straßenverkehrsflächen ist über

straßenbegleitende offene Mulden entlang der Planstraße A zu versickern. Die Mulden sind an

Verankerungsräume innerhalb der mit (1) gekennzeichneten Flächen anzubinden.

4.2 Im Planungsbereich sind alle Oberflächenwasser von den privaten Grundstücksflächen vor Ort zu versickern.

5. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur

und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

5.1 Die mit (1) gekennzeichneten Flächen sind naturnah mit wechsellagernden Böschungsneigungen 1:3 bis 1:10

auszubilden. Die Flächen sind als Rasen anzulegen und extensiv durch höchstens jährliche Mahd ab 01. Juli

zu unterhalten.

5.2 Die mit (2) gekennzeichneten Flächen sind gegenüber den Baumrechten mit einer davorstehenden

abgrenzung die Fläche ist mit standortgerechten und heimischen Wildsträuchern (Qualität Strauch

60-100 cm, eine Pflanze je 2,25 m²) zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten (Arten gem. Pflanzenschutz im

Landschaftspflegerischen Fachbeitrag). Die Pflanzung darf abschnittsweise in 10-jährigem Rhythmus auf den

Stock gesetzt werden. Innerhalb der Fläche ist die Anlage von Versickerungsmulden zulässig.

5.3 Die mit (3) gekennzeichneten Knickstrassen sind von baulichen Nutzungen und von Nebenanlagen im

Sinne von § 14 BauNVO freizuhalten, die Anlage von Versickerungsmulden ist zulässig. Der Knick ist

unter der Pflanzung im § 20 des schleswig-holsteinischen Landesnaturschutzgesetzes zu pflegen

und zu erhalten.

6. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstige

Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

6.1 Innerhalb der Planstraße A sind 6 Straßenbäume als standortgerechte hochstämmige Laubbäume (H x v v,

STU 18-20) zu pflanzen (Arten gem. Pflanzenschutz im Landschaftspflegerischen Fachbeitrag). Der

durchwurzbare Boden hat je Baum mindestens 12 m² bei einer unversiegelten Pflanzfläche von mindestens

4 m² zu betragen.

6.2 In den mit (4) gekennzeichneten Flächen ist ein Knick durch Aufsetzen eines Erdweises mit einer Flurbreite

von 3 m herzustellen und zweifeln mit standortgerechten und heimischen Wildsträuchern (Qualität Strauch

Pflanzensortiment im Landschaftspflegerischen Fachbeitrag) von 1,20 m in der Nähe zu bepflanzen (Arten gem.

7. Gehr-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

7.1 Die festgesetzten Gehr-, Fahr- und Leitungsrechte gelten zugunsten der Anlieger und der Versorgungssträger

zur Erschließung der jeweils angrenzenden Grundstücke.

8. Vorkennungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

8.1 Zur Minderung der Anreicherung von Schadstoffen im Oberflächenwasser sind Zink, Kupfer und Blei als

Materialien für die Dachdeckung nicht zulässig.

9. Zuordnungsfestsetzung - Ausgleich außerhalb des Plangebietes

(§ 9 Abs. 1a BauGB)

9.1 Dem Plangebietsbereich wird zum Ausgleich des naturschutzrechtlichen Eingriffs eine 4.500 m² große

Fläche (Flurstück 89/48 der Flur 1 Gemarkung Brokstedt) mit dem Entwicklungsziel Sukzession zu Weid und

eine 7.217 m² große Fläche (Flurstück 1 der Flur 2 Gemarkung Schenefeld) zugeordnet, die im überörtlichen

Biotopeverbund zu entwickeln ist.

10. Örtliche Bauvorschriften über Gestaltung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 84 LBO)

10.1 Im Planungsbereich sind für die Hauptgebäude Dächer mit einer Dachneigung von 20 bis 60° zulässig.

Ausnahmen sind auf einer Grundfläche von 25% der Gesamtgebäudefläche für Gebäudehöfe (z.B.

10.2 Gesamtgebäudehöfe) zulässig. Die Ausführung der Gestaltung und Farbe der Hauptbaukörper

anzunehmen. Solaranlagen sind für Gärten und Carports zulässig.

10.3 Die Nutzung von Solaranlagen ist zulässig.

10.4 Im Planungsbereich sind Einfriednungen nur bis zu einer Höhe von 1,00 m zulässig.

Hinweis zum Artenschutz

Zur Umgehung des Tötungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sind Knickeinschnitten und

Kniespaltentiefen oberhalb der Bruzeit von Gehölzblättern (15. März bis 30. September) vorzunehmen. Bei

der Erschließung des Gebietes ist ein Bruchzeit von Bodenpflanzungen (15. Juni bis 15. Juli) zu vermeiden. Bei

der Erschließung des Gebietes ist ein Bruchzeit von Bodenpflanzungen (15. Juni bis 15. Juli) zu vermeiden. Bei

Genehmigung / Befreiung gemäß § 45 BNatSchG einzuholen bzw. eine Befreiung herbeizuführen.

Planzeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Grundflächenzahl

Anzahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

offene Bauweise

nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Baugrenze

4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

F-R Fuß- und Radweg

5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und

Abwasserbeseitigung sowie Ablagerungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Abwasserbeseitigung

6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

öffentliche Grünfläche

Waldabstandsstreifen

7. Planungen, Nutzungsregelungen Maßnahmen und Flächen

für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20

und 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6

BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen,

Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25

BauGB)

8. Sonstige Planzeichen

Mit Gehr-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung der von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen

hier: Waldschutzstreifen gem. § 24 LWaldG

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Nr. 9, z. Änderung (§ 9 Abs. 1 BauGB)

9. Darstellungen ohne Normcharakter

Flurstücksbezeichnung

vorhandene Flurstücksgrenze

Maßzahl in Metern

Teil B: Textliche Festsetzungen

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

1.1 Im Planungsbereich sind in den WA-Gebieten die in § 4 Abs. 3 Nr. 4 und Nr. 5 BauNVO

ausdrücklich zulässigen Nutzungen (Gartenbaubetriebe und Tankstellen) ausgeschlossen

1.2 Im Planungsbereich beträgt die Firsthöhe maximal 9,50 m bei Bebauung mit einem Vollgeschoss und

maximal 6,00 m bei Bebauung mit zwei Vollgeschossen, die beidseitig das Maß zwischen der Gelände

und der obersten Außenkante der Dachhaut (§ 16 Abs. 2 BauNVO) einhalten. Die Bebauung mit einem Vollgeschoss und

6,00 m bei Bebauung mit zwei Vollgeschossen, die beidseitig das Maß zwischen der Gelände

Schnittlinie zwischen der Außenwand und der Außenkante der Dachhaut

(§ 16 Abs. 2 BauNVO).

1.4 Im Planungsbereich beträgt die Sockelhöhe maximal 0,40 m, sie bezeichnet das Maß zwischen

Erdegeschossunterkante und Bezugspunkt (§ 16 Abs. 2 BauNVO).

1.5 Als Bezugspunkt für die Bestimmung der Sockelhöhe ist die oberste Kante der Gelände

oberfläche zu nehmen. Die Sockelhöhe beträgt für Einfamilienhausgrundstücke 700 mm, für Doppelhausgrundstücke je

2.1 Die Mindestgröße beträgt 350 qm.

3.1 Es sind je Einzelhaus maximal zwei Wohnungen und je Doppelhaushälfte maximal eine Wohnung zulässig.

4. Flächen für die Verankerung von Niederschlagswasser

4.1 Das Oberflächenwasser von den öffentlichen und privaten Straßenverkehrsflächen ist über

straßenbegleitende offene Mulden entlang der Planstraße A zu versickern. Die Mulden sind an

Verankerungsräume innerhalb der mit (1) gekennzeichneten Flächen anzubinden.

4.2 Im Planungsbereich sind alle Oberflächenwasser von den privaten Grundstücksflächen vor Ort zu versickern.

5. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur

und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

5.1 Die mit (1) gekennzeichneten Flächen sind naturnah mit wechsellagernden Böschungsneigungen 1:3 bis 1:10

auszubilden. Die Flächen sind als Rasen anzulegen und extensiv durch höchstens jährliche Mahd ab 01. Juli

zu unterhalten.

5.2 Die mit (2) gekennzeichneten Flächen sind gegenüber den Baumrechten mit einer davorstehenden

abgrenzung die Fläche ist mit standortgerechten und heimischen Wildsträuchern (Qualität Strauch

60-100 cm, eine Pflanze je 2,25 m²) zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten (Arten gem. Pflanzenschutz im

Landschaftspflegerischen Fachbeitrag). Die Pflanzung darf abschnittsweise in 10-jährigem Rhythmus auf den

Stock gesetzt werden. Innerhalb der Fläche ist die Anlage von Versickerungsmulden zulässig.

5.3 Die mit (3) gekennzeichneten Knickstrassen sind von baulichen Nutzungen und von Nebenanlagen im

Sinne von § 14 BauNVO freizuhalten, die Anlage von Versickerungsmulden ist zulässig. Der Knick ist

unter der Pflanzung im § 20 des schleswig-holsteinischen Landesnaturschutzgesetzes zu pflegen

und zu erhalten.

6. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstige

Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

6.1 Innerhalb der Planstraße A sind 6 Straßenbäume als standortgerechte hochstämmige Laubbäume (H x v v,

STU 18-20) zu pflanzen (Arten gem. Pflanzenschutz im Landschaftspflegerischen Fachbeitrag). Der

durchwurzbare Boden hat je Baum mindestens 12 m² bei einer unversiegelten Pflanzfläche von mindestens

4 m² zu betragen.

6.2 In den mit (4) gekennzeichneten Flächen ist ein Knick durch Aufsetzen eines Erdweises mit einer Flurbreite

von 3 m herzustellen und zweifeln mit standortgerechten und heimischen Wildsträuchern (Qualität Strauch

Pflanzensortiment im Landschaftspflegerischen Fachbeitrag) von 1,20 m in der Nähe zu bepflanzen (Arten gem.

7. Gehr-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

7.1 Die festgesetzten Gehr-, Fahr- und Leitungsrechte gelten zugunsten der Anlieger und der Versorgungssträger

zur Erschließung der jeweils angrenzenden Grundstücke.

8. Vorkennungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

8.1 Zur Minderung der Anreicherung von Schadstoffen im Oberflächenwasser sind Zink, Kupfer und Blei als

Materialien für die Dachdeckung nicht zulässig.

9. Zuordnungsfestsetzung - Ausgleich außerhalb des Plangebietes

(§ 9 Abs. 1a BauGB)

9.1 Dem Plangebietsbereich wird zum Ausgleich des naturschutzrechtlichen Eingriffs eine 4.500 m² große

Fläche (Flurstück 89/48 der Flur 1 Gemarkung Brokstedt) mit dem Entwicklungsziel Sukzession zu Weid und

eine 7.217 m² große Fläche (Flurstück 1 der Flur 2 Gemarkung Schenefeld) zugeordnet, die im überörtlichen

Biotopeverbund zu entwickeln ist.

10. Örtliche Bauvorschriften über Gestaltung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 84 LBO)

10.1 Im Planungsbereich sind für die Hauptgebäude Dächer mit einer Dachneigung von 20 bis 60° zulässig.

Ausnahmen sind auf einer Grundfläche von 25% der Gesamtgebäudefläche für Gebäudehöfe (z.B.

10.2 Gesamtgebäudehöfe) zulässig. Die Ausführung der Gestaltung und Farbe der Hauptbaukörper

anzunehmen. Solaranlagen sind für Gärten und Carports zulässig.

10.3 Die Nutzung von Solaranlagen ist zulässig.

10.4 Im Planungsbereich sind Einfriednungen nur bis zu einer Höhe von 1,00 m zulässig.

Hinweis zum Artenschutz

Zur Umgehung des Tötungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG sind Knickeinschnitten und

Kniespaltentiefen oberhalb der Bruzeit von Gehölzblättern (15. März bis 30. September) vorzunehmen. Bei

der Erschließung des Gebietes ist ein Bruchzeit von Bodenpflanzungen (15. Juni bis 15. Juli) zu vermeiden. Bei

der Erschließung des Gebietes ist ein Bruchzeit von Bodenpflanzungen (15. Juni bis 15. Juli) zu vermeiden. Bei

Genehmigung / Befreiung gemäß § 45 BNatSchG einzuholen bzw. eine Befreiung herbeizuführen.

Planzeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Grundflächenzahl

Anzahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

offene Bauweise

nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Baugrenze

4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

F-R Fuß- und Radweg

5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und

Abwasserbeseitigung sowie Ablagerungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Abwasserbeseitigung

6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

öffentliche Grünfläche

Waldabstandsstreifen

7. Planungen, Nutzungsregelungen Maßnahmen und Flächen

für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20

und 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6

BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen,

Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25

BauGB)

8. Sonstige Planzeichen

Mit Gehr-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung der von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen

hier: Waldschutzstreifen gem. § 24 LWaldG

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Nr. 9, z. Änderung (§ 9 Abs. 1 BauGB)

9. Darstellungen ohne Normcharakter

Flurstücksbezeichnung

vorhandene Flurstücksgrenze

Maßzahl in Metern

Planzeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Grundflächenzahl

Anzahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)